



Forderungen der GdP zum Antiterrorpaket umgesetzt

Nur gut zwei Wochen nach der Entscheidung der Landesregierung, in den kommenden drei Jahren insgesamt 360 zusätzliche Kommissaranwärterinnen und -anwärter bei der Polizei einzustellen, um Ressourcen für die Terrorabwehr zu schaffen (DP 3/2015), hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) entschieden, dass Mehrarbeitsstunden, die im Rahmen der Terrorabwehr entstehen, erst nach fünf Jahren verfallen, statt nach drei Jahren. Zudem werden außerhalb der Funktionszuordnung 20 zusätzliche Beförderungstellen nach A 12 sowie 30 zusätzliche Beförderungstellen nach A 13 geschaffen. Die neuen Beförderungstellen werden durchgeschlüsselt.

Mit beiden Entscheidungen werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Experten innerhalb der Polizei, die für die Terrorabwehr in andere Abteilungen versetzt werden sollen, kurzfristig ihre Dienststelle wechseln können, ohne dass die abgebende Behörde in ihrer eigenen Arbeitsfähigkeit massiv beeinträchtigt wird. Zudem ist sichergestellt, dass die jetzt in vielen Arbeitsbereichen anfallende zusätzliche Mehrarbeit nicht mehr verfällt, denn von den 360 zusätzlichen Polizisten, die das Land in den kommenden drei Jahren einstellt, stehen die ersten 120 erst ab September 2018 zur Verfügung, die übrigen 240 sogar erst im September 2019 bzw. im September 2020. Bis dahin muss die Mehrarbeit von den Polizisten geleistet werden, die bereits jetzt im Dienst sind.

Bereits unmittelbar nach den Terroranschlägen in Paris hatte sich die GdP deshalb dafür stark gemacht, dass bei der Polizei Langzeitarbeitskonten eingerichtet werden, auf der die jetzt zwangsläufig anfallende Mehrarbeit geparkt werden kann, um sie später wieder abzufeiern. Diese Forderung der GdP setzt Innenminister Jäger jetzt um. „Auch wenn die jetzt getroffene Regelung noch kein echtes Langzeitkonto ist, geht die Entwicklung in die richtige Richtung“, lobte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert unmittelbar nach Bekanntwerden der Regelung. Die Umsetzung muss jetzt aber erfolgen und darf nicht durch die Ministerialbürokratie zerredet werden.

Im Rahmen der Dienstrechtsreform will sich die GdP zudem dafür einsetzen, dass aus der jetzigen Übergangsregelung ein Dauerinstrument zur

Abfederung von vorübergehender Mehrarbeit bei der Polizei wird. Voraussetzung dafür ist, dass die neue Fünf-Jahres-Grenze ganz entfällt und dass durch die Langzeitkonten auch Mehrarbeit erfasst wird, die nicht unmittelbar mit der Terrorabwehr zu tun hat. Dadurch könnten auch die Folgen des demografischen Wandels bei der Polizei ein Stück weit abgedeckt werden. Aber soweit sind die Überlegungen im Innenministerium noch nicht. Die jetzt getroffene Fünf-Jahres-Regelung gilt ausdrücklich nur für Mehrarbeit, die im Rahmen der Terrorabwehr entsteht.

Auch die Schaffung zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten geht auf eine Initiative der GdP zurück. Gäbe es diese Möglichkeit nicht, wäre es sehr schwer, Polizistinnen und Polizisten, die für die Terrorabwehr gebraucht werden, zur Versetzung in eine andere Behörde zu gewinnen. Denn der Wechsel in eine andere Behörde ist für die Betroffenen oft mit erheblichen persönlichen Nachteilen verbunden, etwa durch deutlich längere Fahrtwege zum neuen Arbeitsplatz. Hinzu kommt, dass ohne die zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten der Wechsler seine höher dotierte Stelle mitnehmen würde, sie wäre dann für den Nachfolger blockiert.

Das Innenministerium hat zudem entschieden, wie die zusätzlichen Stellen verteilt werden sollen. 140 Stellen gehen an das LKA zur Ver-

stärkung des Staatsschutzes und des Bereichs Auswertung und Analyse. Weitere 60 Stellen gehen in den Ausbau des Staatsschutzes in den Polizeibehörden vor Ort. Für die Verstärkung des Personen- und Objektschutzes sind 100 Beamte vorgesehen. Außerdem werden drei zusätzliche MEKs aufgebaut mit insgesamt 60 Beamten. Auch diese Verteilung wird von der GdP mitgetragen.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de
(News vom 27. 2. 2015)

Foto: Björn Trotz



Selten hat Jäger so schnell reagiert



Die GdP ist eine Gestaltungskraft. Immer wieder haben wir in den vergangenen Jahren konstruktive Vorschläge für die Modernisierung der Polizei und für die Stärkung der Inneren Sicherheit gemacht. Denn neben der Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen bei der Polizei und fairer Einkommen für unsere Kolleginnen und Kollegen sorgen wir uns auch um die Innere Sicherheit.

Nicht selten hat uns die Politik dabei auflaufen lassen, obwohl die GdP wegweisende Konzepte vorgelegt hat. In der aktuellen Tarifauseinandersetzung erleben wir das gerade wieder hautnah. Da inszenieren die Bundesländer ihre eigene Bankrotterklärung, indem sie den öffentlichen Dienst gezielt vor die Wand fahren lassen, obwohl die Bürger ihn brauchen. Bei der Umsetzung des Terrorpakets war das vollkommen anders. Da haben wir einen verantwortungsvoll handelnden, rasch reagierenden Staat kennengelernt.

Viele Elemente, die jetzt in NRW zur Stärkung der Terrorabwehr umgesetzt werden, tragen die Handschrift der GdP. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Aber daraus leiten wir auch den Anspruch ab, dass die Politik sich auch dann konstruktiv mit den Vorschlägen der GdP auseinandersetzt, wenn es nicht um die Terrorabwehr geht.

Denn das jetzt beschlossene Maßnahmenpaket zur Verhinderung eines islamistischen Terroranschlags ist ja nur ein erster Baustein zur Modernisierung der Polizei, die in den kommenden Jahren auf uns zukommt. Auch dazu hat die GdP weitreichende Vorschläge gemacht. Die Politik wäre klug beraten, sich konstruktiv mit ihnen auseinanderzusetzen und unsere Forderungen nicht einfach beiseite zu wischen, wenn Ende April die von Innenminister Ralf Jäger eingesetzte Expertenkommission ihren Abschlussbericht vorlegen wird.

Einer der Vorschläge, den die GdP der Politik mit auf den Weg gegeben hat, lautet: Lasst uns jetzt nicht auch noch die Strukturen der Polizei von links nach rechts kehren und die Zahl der Polizeibehörden in NRW radikal verkleinern! Das können wir uns vor dem Hintergrund der Terrorgefahr schlichtweg nicht leisten. Denn durch die jetzt beschlossenen 360 zusätzlichen Stellen ist die Terrorgefahr ja nicht einfach vom Tisch. Einen Radikalumbau können wir übrigens auch deshalb nicht leisten, weil die Polizei aktuell vor einer umfassenden IT-Modernisierung steht. Sie bringt die Polizei zwar nach vorne, aber für die Schulung und Implementierung der neuen IT-Strukturen werden erst einmal Zehntausende von Stunden benötigt, die uns zusätzlich fehlen. Es wäre gut, wenn Innenminister Jäger auch diesen Rat der GdP schnell aufgreifen würde.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Einsatzverpflegung: Nichts aus den Skandalen der Vergangenheit gelernt



Seit der Privatisierung der Einsatzverpflegung im Januar 2007 wurden die Polizistinnen und Polizisten in NRW bei Großeinsätzen immer wieder mit vergammelten Lebensmitteln verpflegt. Mal wurden verschimmelte Putenschnitzel an die Hundertschaften ausgegeben, mal war das Haltbarkeitsdatum der Einsatzverpflegung längst abgelaufen oder die ausgegebenen Schnitzel waren noch roh und deshalb gesundheitsgefährdend. Immer wieder

hat die GdP deshalb in den vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit auf die Gefahren hingewiesen, denen unsere Kolleginnen und Kollegen durch verdorbene Lebensmittel ausgesetzt sind. Mehrfach wurden daraufhin den für den Skandal verantwortlichen Caterern gekündigt. Der Auftrag zur Einsatzverpflegung wird zudem inzwischen nicht mehr an wenige Großunternehmen vergeben, sondern an vor Ort bekannte Lieferanten. Geändert hat sich am System der Einsatzverpflegung trotzdem bislang nichts Grundlegendes: Noch immer fehlt eine flächendeckende Qualitätskontrolle. Noch immer sind die angesetzten Einkaufspreise zu niedrig kalkuliert. Deshalb wundert es nicht, dass Anfang März in Düsseldorf am Rande einer Pegida-Demonstration erneut vergammelte Wraps an die Einsatzkräfte verteilt worden sind.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des erneuten Lebensmittelskandals hat die GdP die Medien alarmiert. Sie verlangt von Innenminister Ralf Jäger (SPD) Auskunft darüber, warum dem Caterer nicht längst gekündigt worden ist? Nach Informationen, die der GdP vorliegen, soll der gleiche Caterer bereits drei Wochen zuvor während des Rosenmontagszugs rohe Schnitzel an die Einsatzkräfte verteilt haben. Die GdP wirft der zuständigen Behörde deshalb vor, zu spät reagiert zu haben. „Die Verantwortlichen hätten schon beim ersten Vorfall sofort reagieren müssen, statt den Skandal unter den Tisch zu kehren“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens gegenüber den Medien. Vom Innenminister erwartet die GdP jetzt ein Gesamtkonzept, wie die Skandalserie endlich gestoppt werden kann.



Massiver Widerstand gegen die Blockadepolitik der Länder

GdP nimmt die rot-grüne Landesregierung bei den Tarifverhandlungen in die Pflicht

10 000 Teilnehmer hatten die GdP, die Bildungsgewerkschaft GEW und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bei der gemeinsamen Tariffdemonstration mit dem Beamtenbund am 12. Mai in Düsseldorf erwartet, gekommen waren am Ende 19 800 Teilnehmer. 3000 davon alleine von der GdP. Auch bei der Anfang März von der GdP organisierten aktiven Mittagspause im LKA und im LZPD in Duisburg gab es eine überwältigende Teilnahme. Das gilt auch für die zahlreichen Warnstreikaktionen der anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die zum Teil ebenfalls von der GdP unterstützt worden sind, wie zum Beispiel in Bochum.

Überall in NRW hat sich in den vergangenen Wochen das gleiche Bild gezeigt: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben es satt, von der Politik mit immer neuen Zumutungen konfrontiert zu werden. Sie fordern die gleichen Einkommenserhöhungen wie in den anderen Branchen. Unmittelbar nach dem ergebnislosen Ende der dritten Verhandlungsrunde am 16./17. März hat deshalb der GdP-Landesbezirk seine Mitglieder zu neuen Arbeitskämpfmaßnahmen aufgerufen.

Verärgert hat die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht nur die Weigerung der Länder, endlich ein Tarifangebot vorzulegen, sondern auch die von ihnen geplanten Einschnitte in die VBL. Würden sich die Länder durchsetzen, müssten die Beschäftigten eine mögliche Einkommenserhöhung durch Einschnitte bei den Betriebsrenten zu einem erheblichen Teil selber finanzieren. Das ist eine Bankrotterklärung der Politik. „Die Länder spielen in Potsdam Kamikaze, ihnen ist die Handlungsfähigkeit des Staates vollkommen egal“, sagte die stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jutta Jakobs unmittelbar nach dem Ende der dritten Verhandlungsrunde. „Es gab noch nie so eine schlechte Gesprächskul-

tur, wie wir sie jetzt bei den Ländern erleben“, berichtete Jakobs, die als Mitglied der Bundestarifkommission der GdP die Verhandlungen vor Ort in Potsdam selber mitverfolgt hatte.

Verantwortlich für dieses Desaster ist auch die rot-grüne Landesregierung, denn als größtes Bundesland sitzt NRW in Potsdam immer mit am Tisch, auch wenn andere Länder offiziell die Verhandlungsführer stellen. Am 26. März, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, hat die GdP deshalb Finanzminister Norbert Walter-Borjans einen Riesenmerkzettel mit der Forderung „5,5 Prozent! Weniger geht nicht!“ übergeben.

Sollte es in der nächsten Verhandlungsrunde am 28. März zu keiner Einigung kommen, wird die GdP ihre Aktionen fortsetzen. „Wir haben einen langen Atem. Das hat Frau Kraft vor zwei Jahren schon bitter erfahren müssen“, kündigte Jutta Jakobs bereits vorsorglich an. „Deshalb sollte sich die rot-grüne Landesregierung gut überlegen, ob sie einen erneuten Großkonflikt mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes suchen will.“ Das gilt nach dem Tarifabschluss auch für die Übernahme des Ergebnisses für die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger.



Tolle Resonanz bei der aktiven Mittagspause



Mit dem Aufruf an die Beschäftigten des LKA und des LZPD, in einer aktiven Mittagspause vor ihrem Dienstsitz öffentlich über die Forderungen für die laufenden Tarifverhandlungen zu diskutieren, hat die GdP politisches Neuland betreten. Erwartet hatten die beiden Kreisgruppen 150 Teilnehmer, gekommen sind am Ende fast 500 Beschäftigte. Darunter auch viele Beamte. Ein toller Erfolg der GdP, der zeigt, dass sich die Beschäftigten bei der Polizei massiv gegen jeden weiteren Einschnitt bei ihren Einkommen und bei ihrer Altersversorgung zur Wehr setzen. Die Hoffnungen der rot-grünen Landesregierung, dass nach der Ende

des vergangenen Jahres erfolgten Nachzahlung der zunächst vorenthaltenen Tariferhöhung für 2013 und 2014 an die Beamten die Luft für neue Proteste raus ist und sich erneute Kürzungen leichter durchsetzen lassen, hat sich damit erledigt.

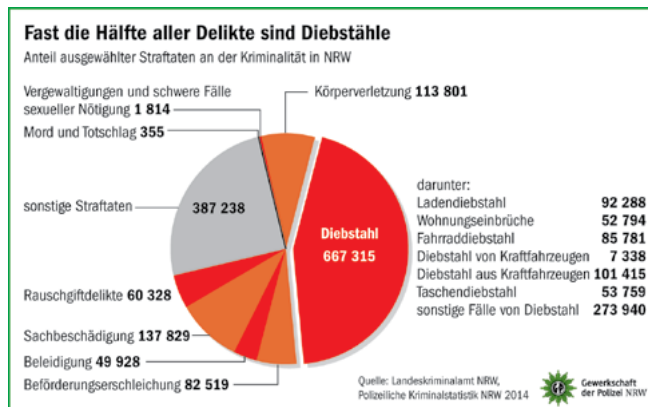
Diebstahlkriminalität stärker in den Fokus nehmen

1 501 125 Straftaten sind im vergangenen Jahr von der Polizei in Nordrhein-Westfalen erfasst worden, 16 000 mehr als im Jahr zuvor. Fast die Hälfte davon – 747 038 Fälle – konnte aufgeklärt werden. Damit bewegt sich die Kriminalität in NRW auf dem gleichen Niveau, wie es bereits in den letzten zehn Jahren zu beobachten war. 2005 gab es in NRW 1 503 451 registrierte Straftaten, 2300 weniger als im vergangenen Jahr. Die Aufklärungsquote lag bei 49,3 Prozent, 2014 waren es 49,8 Prozent. Ein genauer Blick in die Kriminalstatistik zeigt allerdings auch, dass es in einigen, für die Sicherheit der Bürger besonders wichtigen Straftaten, vorsichtige Zeichen für eine Trendumkehr gibt.

Im vergangenen Jahr ist es der Polizei in NRW gelungen, den Zuwachs bei den Wohnungseinbrüchen zu stoppen. Auch die Aufklärungsquote konnte erhöht werden, von 13,6 auf 15,4 Prozent. „Das ist zwar immer noch zu wenig, aber die steigende Aufklärungsquote zeigt, dass das neue Konzept zur Bekämpfung der Einbruchkriminalität langsam zu greifen beginnt“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens unmittelbar nach Bekanntgabe der PKS gegenüber den Medien. Jetzt gelte es, diese Entwicklung zu verstetigen.

Positiv bewertet die GdP zudem, dass bei der Gewaltkriminalität und bei den leichten Körperverletzungsdelikten ein Rückgang zu beobachten ist. Während die Zahl der Gewaltdelikte um 1,7 Prozent auf 46 174 Fälle sank, fiel der Rückgang bei den einfachen Körper-

verletzungsdelikten um 1,9 Prozent auf 83 668 Fälle sogar noch etwas stärker aus. Bei den Raubdelikten gab es sogar einen Rückgang um 5,7 Prozent auf 13 836 Fälle. Einen deutlichen Anstieg gab es im vergangenen Jahr dagegen bei den Ladendiebstählen und bei den Taschendiebstählen. Eine Entwicklung, die zum Teil auf das Phänomen der Klaukids zurückzuführen ist. Zurückdrängen lässt sich diese neue Form der Kriminalität nur, wenn für die-



Mit 667 315 Delikten entfällt fast die Hälfte der 1 501 125 Straftaten, die im vergangenen Jahr in NRW begangen wurden, auf Diebstähle.

se Tätergruppe ein spezifisches Präventionskonzept entwickelt wird.

EU-Arbeitszeitrichtlinie erneut auf dem Prüfstand

Zwei Jahre nach dem letzten gescheiterten Versuch, die EU-Arbeitszeitrichtlinie zu reformieren, hat die EU-Kommission mit einer öffentlichen Umfrage bei den Mitgliedstaaten und den Sozialverbänden erneut einen Anlauf zu deren Weiterentwicklung unternommen. Kommt es tatsächlich zu einer Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie, kann das auch Auswirkungen auf die Gestaltung des Schichtdienstes bei der Polizei haben. Der GdP-Landesbezirk hat der EU-Kommission deshalb eine eigene Stellungnahme vorgelegt. Vier Forderungen stehen darin im Vordergrund:

- Der Kernbestand der in der EU-Arbeitszeitrichtlinie enthaltenen Schutzrechte darf nicht zur Disposition gestellt werden.
- Zur Schaffung von Rechtssicherheit muss auf der EU-Ebene eine Klarstellung erfolgen, ob Tätigkeiten der Polizei unter die Ausnahmeregelungen der Richtlinie fallen.
- Die Probleme bei der praktischen Um-

setzung der Richtlinie bei der Polizei sind in erster Linie einer zu hohen Wochenarbeitszeit geschuldet. Die EU-Richtlinie sollte daher für die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit im Vollschichtbetrieb eine besondere Obergrenze von 38 Stunden definieren. Jenseits dieser Grenze sind Regelungen zur maximalen Schichtdauer, insbesondere zu den täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten, kaum umsetzbar.

- Den Sozialpartnern müssen mehr Möglichkeiten eingeräumt werden, Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Arbeitszeitgestaltung zu berücksichtigen. Abweichungen, die aus zwingenden dienstlichen Gründen erforderlich sind, müssen beim Fehlen dieser Gründe auch zur Gewährleistung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich sein.

Trotz der erneuten Initiative der EU-Kommission geht die GdP davon aus, dass die Kommission in absehbarer Zeit keinen neuen Gesetzentwurf vorlegen

wird. Bei der jetzt durchgeführten Umfrage handelt es sich lediglich um eine vorbereitende Maßnahme, die der Kommission dazu dient, ein Stimmungsbild zu erhalten und Argumente zu sammeln.

Einer der Gründe, die gegen eine schnelle Einigung in Sachen Arbeitszeitrichtlinie sprechen, sind die nach wie vor vorhandenen unterschiedlichen Interessen der Sozialverbände. Während für die Arbeitgeber vor allem die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Anerkennung von Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit ein Dorn im Auge ist, wollen die Gewerkschaften das Schutzniveau der Richtlinie um den Aspekt einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie erweitern. Eine Einigung der Sozialverbände ist in beiden Punkten nicht in Sicht.

GdP-Stellungnahme zum Download: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=333&consultId=14&visib=0&furtherrConsult=yes&langId=de>



Handyparagraf muss grundlegend überarbeitet werden

Telefonieren während der Autofahrt ist genauso gefährlich wie das Fahren mit 0,8 Promille. Wer eine SMS schreibt, reagiert ebenso eingeschränkt wie beim Fahren mit 1,1 Promille. Trotzdem greifen jeden Tag Tausende von Autofahrern zum Handy oder Smartphone. 131 418 Mal wurden sie dabei im vergangenen Jahr allein in NRW von der Polizei erwischt. Doch mit mehr Kontrollen allein lässt sich das Problem des Dauertelefonierens im Auto nicht lösen. Auf ihrem Verkehrsforum über Ablenkung im Straßenverkehr am 11. März 2015 in Düsseldorf hat die GdP deshalb eine umfassende Weiterentwicklung des Handyparagrafen ausgesprochen.

Dringender Handlungsbedarf ist schon deshalb gegeben, weil sich die Technik seit der Einführung eines Handyverbots in die Straßenverkehrsordnung im Dezember 2000 rasant weiterentwickelt hat. Spätestens seit dem Siegeszug der Smartphones gehört das Telefonieren nur noch zu den Nebenfunktionen, werden nicht nur immer mehr SMS-Nachrichten am Steuer verfasst, sondern auch komplexe Fahrrouten scheinbar nebenher abgefragt. Andere technische Weiterentwicklungen, wie die gerade populär werdende Smartwatch, oder das Telefonieren in Autos mit Start-Stopp-Automatik werden von der bestehenden Gesetzeslage gar nicht erfasst. Hinzu kommt, dass Autofahrer zunehmend durch die immer umfangreicher werdende Bordelektronik vom Straßenverkehr abgelenkt werden, durch die Nutzung moderner Navigationssysteme, das Suchen eines Radiosenders über das Touchscreen in der Mittelkonsole oder schlicht durch das Einstellen der Klimaanlage. „Deshalb gibt es einen dringenden gesetzlichen Klarstellungsbedarf“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens auf dem Forum.

Zudem fordert die GdP eine gesetzliche Klarstellung, wann die Polizei nach einem Verkehrsunfall das Handy des Unfallverursachers sicherstellen darf. Weil sie fehlt, entscheiden zunehmend einzelne Gerichte darüber – entsprechend unterschiedlich ist die Praxis in den einzelnen Polizeibehörden. Besonders weit entwickelt ist sie in Köln, wo die Polizei bereits seit einiger Zeit nach schweren Verkehrsunfällen mit unbekannter Ursache systematisch die Handys der Unfallteilnehmer sicherstellt. Mit großem Erfolg, wie Ernst Klein, der Leiter des Verkehrskommissariats im PP Köln, auf dem Forum berichtete. Grundlage für die Sicherstellung der Handys ist eine Vereinbarung mit der Staatsanwaltschaft. Sie entscheidet auch darüber, ob die Verbindungsdaten der sichergestellten Handys anschließend zur Aufklärung der Unfallursache genutzt werden dürfen. Das Innenministerium will dieses Konzept auf ganz NRW ausweiten. Nach Auffassung der GdP ist das eine richtige Entscheidung, sie will aber die Rechtsgrundlage dafür auf eine neue Basis stellen, damit nicht Richterrecht die fehlende Gesetzgebung ersetzt. Eine Forderung, die auf dem Forum auch

die Unterstützung der teilnehmenden Juristen fand.

Verbote und mehr Kontrollen werden alleine aber nicht reichen, um die wachsende Zahl der Verkehrsunfälle ohne jeden erkennbaren Grund wieder zurückzudrängen. „Warum fordern wir nicht auch für Pkws den Einbau automatischer Notbrems- und Spurhalte-systeme?“, fragt deshalb Michael Mertens auf dem Verkehrsforum. „In Zeiten, in denen wir über autonom fahrende Autos diskutieren, ist das längst keine Utopie mehr.“



Anzeige

Radiologische Gemeinschaftspraxis

**I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • Dr. M. Müller**

Oberdießemer Str. 96 · 47805 Krefeld
Tel.: 0 21 51/4 99-0 · Fax 499 299



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

1. 4. Werner Herzbruch, Hagen
Franz Oertker, Münster
5. 4. Herbert Pitzke, Gauting
7. 4. Günter Stenner, Iserlohn
8. 4. Elfriede Scholz, Dortmund
11. 4. Johanna Weimer, Düsseldorf
14. 4. Hildegard Kruse, Duisburg
17. 4. Heinrich Schönenberger,
Kamp-Lintfort
30. 4. Günter Lilei, Holzwickede

91. Geburtstag

2. 4. Paul Schrewe, Gütersloh
8. 4. Mathias Habets, Moers
10. 4. Fritz Eggensperger, Dortmund
17. 4. Hildegard Halfmann, Wermels-
kirchen
22. 4. Helene Kiefer, Velbert

92. Geburtstag

3. 4. Jutta Gieshoidt, Recklinghausen
4. 4. Anneliese Katzemich, Köln
9. 4. Elfriede Meyer, Leopoldshöhe
10. 4. Anneliese Lange, Bielefeld
13. 4. Emmi Klinge, Wesel
15. 4. Hans Becker, Frechen
23. 4. Helga Berfelde, Düsseldorf
26. 4. Kurt Grewing, Düsseldorf
29. 4. Anneliese Brinker, Bielefeld

93. Geburtstag

4. 4. Gertrud Niessen, Köln
12. 4. Franziska Struth, Essen
17. 4. Gustav Mouritz, Krefeld
28. 4. Heinrich Hunnenberg, Krefeld

94. Geburtstag

10. 4. Erna Hubrich, Wilnsdorf

12. 4. Margarete Piepereit, Köln
21. 4. Fritz Neunzig, Lohmar

95. Geburtstag

11. 4. Irma Breunig, Aachen
16. 4. Heinz Witt, Burg auf Fehmarn
Frieda Salchow, Bielefeld
22. 4. Hildegard Garloff, Harsewinkel
27. 4. Babette Sobiech, Herten
28. 4. Stefan Kremer, Bergisch
Gladbach

96. Geburtstag

10. 4. Wilhelm Kramer, Schloß
Holte-Stukenbrock

100. Geburtstag

1. 4. Bernard Sievers, Bad Lipp-
springe

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Mai-Ausgabe ist der 7. April 2015.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

GdP tritt mit starkem Team bei den JAV-Wahlen an!

„Wir für Euch“ – unter diesem Motto treten vom 27. bis 29. Mai 2015 junge Kolleginnen und Kollegen der GdP bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in der Polizei



an. Wahlberechtigt sind nicht nur die rund 4300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter der Ausbildungsjahrgänge 2012, 2013 und 2014 sondern auch alle, die eine sonstige Berufsausbildung bei der Polizei NRW absolvieren. Eine örtliche JAV besteht aktuell in allen Ausbildungsbehörden für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter (Aachen, Bonn, Köln, Bielefeld, Münster, Gelsenkirchen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Hagen), sowie beim LZPD. Darüber hinaus ist auch an anderen Standorten die Bildung einer JAV möglich, wenn mindestens fünf Auszubildende beschäftigt werden:

Das PP Essen-Mülheim ist in diesem Jahr damit erstmals dabei. Nicht nur die örtlichen JAVen werden neu gewählt, sondern auch die Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV), die die Interessen der Auszubildenden gegenüber dem Innenministeriums vertritt.

Über die JAVen haben Beschäftigte der Polizei NRW schon während der Ausbildung die Möglichkeit, ihre Interessen selbst und unmittelbar in den Personalvertretungen zu vertreten. Für die GdP ist das ein unverzichtbarer Bestandteil der gelebten Demokratie in der Polizei. Deshalb hat die GdP lange und hartnäckig da-rauf bestanden, dass es auch in der Polizei eine JAV geben muss.

Bei den letzten JAV-Wahlen 2013 konnte die GdP 106 von 110 möglichen Sitzen in den örtlichen JAVen sowie alle fünf Sitze in der PHJAV erzielen: Das Vertrauen in die GdP spricht für die gute Arbeit der jungen GdP-Mitglieder, die sich Tag für Tag für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Auch 2015 tritt die GdP wieder mit einem starken Team an und wirbt erneut um das Vertrauen der jungen Beschäftigten in der Polizei.

Mehr Infos:

jan.velleman@gdp-nrw.de



Willkommen
im Urlaub!

Exklusiv-
Angebot



Aktivurlaub in den Bergen!

Österreich, Tirol

Iti alpenhotel Kaiserfels ★★★★★

z.B. Mai bis Oktober

1 Woche im Doppelzimmer, Vollpension plus
eigene Anreise, pro Person ab

€ 507,-

Ihre Vorteile: Ermäßigte Preise, Gutschein über 10% bei „kaisersports“,
Österreich-Vignette inklusive, Kinder bis 11 Jahre gratis!

ITS-Tipp: Das vielfältige Freizeitangebot in den Kitzbüheler Alpen wird Sie begeistern! Über den
Anbieter „kaisersports“ können Sie vor Ort zahlreiche Aktivitäten hinzubuchen, z.B. Wandern,
Rafting, Canyoning, Hochseilgarten, Zumba, Yoga u.v.m. Iti kids world, umfangreiches und
zertifiziertes Wellnessangebot, Hallenbad.

DER
Touristik

Tagesaktuelle Preise mit limitierter Verfügbarkeit. Zwischenverkauf, Druckfehler und Preisänderungen vorbehalten.
Stand März 2015. Veranstalter: ITS, eine Marke der DER Touristik Köln GmbH, Humboldtstr. 140, 51149 Köln.

Beratung & Buchung bei Ihren ITS-Reisespezialisten:



Informationen und Buchung
GdP-Service GmbH NRW
Tel.: 0211 29101-44/45/64/65

REISE-SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW



„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“, unter diesem Motto gehen in diesem Jahr die DGB-Mitglieder in ganz Deutschland am 1. Mai auf die Straße. Mit den traditionellen Mai-Demonstrationen will der DGB ein Zeichen setzen, dass die Arbeitswelt stärker an den Interessen der Beschäftigten ausgerichtet werden muss. Faire Lohnerhöhungen und der am 1. Januar in Kraft getretene Mindestlohn können dafür nur ein Anfang sein. Weitere Schwerpunktthemen der Gewerkschaften sind in diesem Jahr eine stärkere Regulierung von Leiharbeit und von Werksverträgen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Forderung, die auch für die Beschäftigten bei der Polizei eine große Bedeutung hat. Die Hauptkundgebung mit dem DGB-Bezirksvorsitzenden Andreas Meyer-Lauber und mit Ministerpräsidentin Hanelore Kraft als Gastrednerin findet in diesem Jahr in Aachen statt.

Gleichzeitig werden in Recklinghausen die vom DGB mitgetragenen Ruhrfestspiele 2015 eröffnet. Mehr Infos: www.nrw.dgb.de – www.ruhrfestspiele.de

Glücksnummern des Monats

45 26937
Waldemar Suda, Essen/Mülheim
45 20638
Michael Porsch, Bottrop/Gladbeck
45 28961
Sammy Liboth, IM
45 21389
Filippo Galbo, Duisburg

Die Gewinner erhalten eine GdP-Taschenlampe „Chronos“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Köln

16. April, Informationstreffen, Heinz Brandenburg berichtet über Aufgaben und Arbeit der Stadt-Entwässerungs-Betriebe Köln, 14 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln.

Kreisgruppe Unna

29. April, Seniorentreffen, 15 Uhr, Jüdisches Gemeindezentrum Bude-russtr. 11, 59427 Unna-Massen.

Regelmäßige Seniorentermine

Weitere regelmäßig wiederkehren-de Seniorentermine unter: www.gdp-nrw.de

GdP aktiv

1. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Bonn, 15 Uhr, Polizeipräsidium, großer Sitzungssaal, Königswinterer Str. 500, 53227 Bonn

15. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Solingen, 16 Uhr, Steakhaus Wasserturm, Schlagbaumer Str. 125, 42653 Solingen.

20. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Essen, 17 Uhr, Haus Kaldenhoff, Akti-enstr. 140, 45359 Essen, Anmeldung: Telefon: 02 01/8 29-24 80.

21. 4., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe, 16.30 Uhr, Kantine im Kreis-haus, 58332 Schwelm, Anmeldung: Telefon: 0 23 36/91 66-15 01

22. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, 14.30 Uhr, Aula des LAFP, Weseler Str. 264, 48151 Münster. Es schließt sich ein Grill-nachmittag in der Alten Bücherei an.

23. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14.30 Uhr, großer Sitzungssaal, Norbertstr. 165, 45133 Essen (ehemalige Polizei-schule).

23. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16 Uhr, Hotel Schweinsberg, Fredeburger Straße 23, 57368 Lennestadt

27. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, 13.30 Uhr, Gemeindehaus der Apostelkirche, Horster Str. 35, 45897 Gelsenkirchen. Gast: Innenminister des Landes NRW

NACHRUFE

Gerhard Herbst	26.05.1947	Selm	Hans Bernhard	22.07.1955	Bochum
Elisabeth Stammer	05.01.1944	Heinsberg	Volkhard Kruse	04. 7. 1937	Bergisches Land
Karl-Heinz Merten	07.06.1925	Essen/Mülheim	Ludwig Enzinger	08.11.1938	Bergisches Land
Anneliese Herkenrath	12.09.1921	Mönchengladbach	Alice Fingerhut	18.05.1922	Essen/Mülheim
Maria Müller	30.12.1927	Rheinisch Bergischer Kreis	Mathilde Tlolka	13.06.1923	Essen/Mülheim
Ernst-Dieter Ellerbrock	17.09.1943	Herford	Gudrun Beckemeyer	22.02.1940	Bielefeld
Heinrich Zeitzen	23.02.1937	Heinsberg	Heinz-Fredo Bewernitz	12.07-1924	Recklinghausen
Wolfgang Hofmann	15.09.1919	Bonn	Otto Brand	08.06.1931	Dortmund
Reiner Schlimm	03.03.1921	Bonn	Helmut Ecker	31.12.1929	Bielefeld
Else Berthold	25.07.1926	Bonn	Friedrich Freitagsmüller	30.01.1925	Gütersloh
Ingeborg Lange	14.08.1927	Bochum	Marianne Boese	19.03.1955	Essen/Mülheim
Gerhard Rosarius	13.05.1922	Bonn	Charlotte Vogt	04.09.1919	Düsseldorf
Josef Böhm	14.06.1936	Märkischer Kreis	Ursula Becker	07.09.1920	Heinsberg
Wilma Nienhaus	26.02.1926	Gelsenkirchen	Günter Freistatter	21.12.1935	Olpe
Heinrich Garbe	13.11.1919	Hamm	Siegfried Bartel	09.08.1949	Borken
Peter Hondede	12.10.1935	Autobahnpolizei D'dorf	Irmgard Sonnen	27.01.1924	Rhein. Bergischer Kreis
Else Growe	28.03.1917	Essen/Mülheim	Peter Klose	21.07.1935	Dortmund
Anneliese Schneider	23.04.1920	Köln	Ursula Lichtenthaeler	13.01.1925	Essen/Mülheim
Maria Esser	12.03.1914	Mönchengladbach	Kurt Brackmann	27.10.1927	Herford
Werner Horzella	20.11.1944	LZPD NRW	Claus Werthmann	28.10.1946	Mettmann
Heinz Woller	05.09.1929	Duisburg			

